

Besser gemeinsam: Für Vielfalt und Demokratie

Liebe Leserinnen und Leser,

wir verstehen Begegnung und Engagement als Basis für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in gesellschaftlicher Vielfalt. Diese Diversität sehen wir als soziale Realität und zugleich als kulturelle Bereicherung an. Wie wissen aber, dass es dabei unserer aktiven Auseinandersetzung und Mitgestaltung bedarf. Diese beginnt im lokalen Raum, in dem Seniorenbüros Gelegenheiten der Kontaktaufnahme und Verständigung bieten. Gerade ältere Menschen leisten dort mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen einen wichtigen Beitrag für ein gutes Miteinander.

Praktisch zeigt dies unser Projekt „Generationen – Kulturen – Vielfalt“, in dem wir seit 2020 – gefördert im Bundesprogramm „Demokratie leben“ – wichtige Erfahrungen sammeln konnten. Wir haben dabei gelernt, dass das vorurteilsfreie Aufeinanderzugehen die Voraussetzung für eine Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen ist. Darauf müssen wir uns als Organisationen noch besser einstellen.

Wir haben auch auf unserer diesjährigen Fachtagung in Ulm diskutiert, was Alt und Jung zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts beitragen können und wie unser Gemeinwesen dadurch gestärkt werden kann. Darum müssen wir uns aktuell noch intensiver kümmern, da es zunehmend unter Druck gerät. Denn wir wollen weiter gemeinsam in Vielfalt und Demokratie leben!

Herzlich, Ihr



Franz-Ludwig Blömker
BaS-Vorsitzender



Foto: Robert Kneschke – stock.adobe.com

Gesellschaft im Wandel

Die (post)industrielle Moderne hat zu einer Reihe gesellschaftlicher Umwälzungen geführt. Bereits in den 1980er Jahren sprach der Soziologe Ulrich Beck von einer „Enttraditionalisierung“ und der Individualisierung von Lebenslagen. Gemeint ist eine Ablösung von sozialen Bindungen und prägenden Lebensformen – die Einzelnen werden zu einer stärkeren Eigenverantwortung gedrängt.

Die schwindende Bedeutung von Traditionen und sozialen Normen ist nicht allein materiellen Faktoren geschuldet, sondern zugleich Ergebnis von Sozialen Bewegungen, die sich für die Rechte unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen eingesetzt haben. Die Emanzipation von Frauen und Homosexuellen

oder die veränderte Wahrnehmung Schwarzer Menschen sind Beispiele für diese zivilgesellschaftliche „Selbstermächtigung“. Auch unser gewandeltes Bild vom Alter kann in diesem Sinne verstanden werden. Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe von allen – gerade auch von Minderheiten – innerhalb der demokratischen Mehrheitsgesellschaft.

Rechtlich ist dieser Anspruch in Deutschland seit 2006 im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz festgeschrieben. Es verbietet die Benachteiligung aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, wegen einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. In der gesellschaftlichen Debatte der letzten Jahre haben zudem Themen wie Gendergerechtigkeit, geschlechtliche Selbstbestimmung und die kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe Europas an Bedeutung gewonnen.

Während es einerseits ein Ringen um die Überwindung rechtlicher und sozialer Ungleichheiten gibt, bestehen zugleich auch deutlich gegenläufige Tendenzen. Manche sprechen von einer Polarisierung oder der „Parzellierung der Öffentlichkeit in diverse Communities“ (Andreas Reckwitz). In diesem Zusammenhang ist die Frage der Migration von besonderer Bedeutung. Bei der Fluchtbewegung 2015/2016 war noch die Rede von einer breit getragenen „Willkommenskultur“. Inzwischen ist jedoch von dieser grundsätzlich offenen Stimmung wenig geblieben. Vielmehr werden bis weit in die bürgerliche Mitte hinein wieder die Unterschiede betont: „Wir“ und „die Anderen“.

Manche Menschen scheinen von einer vielfältigen Gesellschaft überfordert und empfänglich für rückwärtsgewandte Utopien. Die Zunahme autoritativer Einstellungen sowie das Anwachsen von populistischen und rechtsextremen Parteien sind Ausdruck dieser besorgniserregenden Entwicklung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Dennoch: Die Migration ist – genauso wie der demografische Wandel – Teil unserer sozialen Wirklichkeit. Gut beraten ist, wer sich damit aktiv und konstruktiv auseinandersetzt. Dazu können Seniorenbüros vor Ort ihren Beitrag leisten.



Der Zusammenhalt aller Menschen, von jung bis alt ist unser Fundament für eine starke Demokratie. Seniorenbüros mit ihren bundesweit mehreren tausend hauptamtlich tätigen und freiwillig engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigen täglich Gemeinschaftssinn und Solidarität. Das sind Werte, die uns verbinden und so auch in diesen unruhigen Zeiten zum Erhalt unserer Demokratie beitragen.“

Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium

Generationen – Kulturen – Vielfalt

Ein knappes Drittel der deutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte davon haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Fast zwei Drittel sind selbst zugewandert, ein gutes Drittel ist in Deutschland geboren. Der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zwischen 55 und 65 Jahren beträgt knapp 20 Prozent, zwischen 65 und 75 Jahren alt sind rund 17 Prozent (Statistisches Bundesamt). Das Alter wird also, wie die gesamte Gesellschaft, „bunter“. Diese Entwicklung spiegelt sich jedoch in der Arbeit von Seniorenbüros bislang nur bedingt wider. Denn die Angebote der Anlaufstellen werden von Menschen mit Migrationshintergrund noch relativ selten wahrgenommen.

Ziel des im Jahr 2020 gestarteten BaS-Projekts war es, im Dialog unterschiedlicher Generationen das gegenseitige Verständnis für gesellschaftliche Diversität und deren Gewinn zu vertiefen und die Integration junger Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund zu unterstützen. War zunächst vorgesehen, unterschiedliche Begegnungsangebote zu schaffen, zeigte sich in der Umsetzung, dass sich dafür zunächst die Organisationen öffnen und auch weiterentwickeln müssen.

In einem Reflexionsprozess sollte deshalb zunächst ein stärkeres Bewusstsein für die eigene Kommunikationshaltung geschaffen, eine größere Kultursensibilität entwickelt und letztlich eine stärkere interkulturelle Öffnung der lokalen Einrichtungen erreicht werden. Neben der fachlichen Auseinandersetzung wurden praktische Ansätze erprobt, die eine Begegnung über Generationen und unterschiedliche Herkünfte hinweg ermöglichen. So kamen etwa im Teilprojekt „Sehnsuchtsorte“ des Seniorenbüros Bocholt junge und ältere Menschen verschiedener Kulturen zusammen, die sich ihre jeweiligen Lieblingsorte in der Stadt zeigten und darüber in den Austausch miteinander kamen. Auch an anderen Standorten wurden mit Mitteln von Kunst oder Musik, gemeinsamem Kochen und Essen oder durch andere kulturelle Formen Anlässe und Räume für eine Begegnung geschaffen.

In der inzwischen vorliegenden Evaluation wird festgestellt, dass das Modellprojekt „zu einem beachtlichen Sensibilisierungs- und Kompetenzzuwachs der Fachkräfte beigetragen hat“. Es sei gelungen, mit den beteiligten Seniorenbüros Mechanismen der Diskriminierung und des Alltagsrassismus zu thematisieren und die bestehenden Kommunikationsmuster bewusst zu machen. Dies wird als Grundlage für eine interkulturelle Öffnung und gezieltere Ansprache durch die Seniorenbüros angesehen. Dafür sei jedoch zum Teil ein Umdenken in der eigenen Organisation sowie eine noch intensivere Netzwerkarbeit vor Ort notwendig. Die praktischen Erfahrungen hätten zudem gezeigt, dass der Abbau von Vorurteilen durch die ermöglichten Begegnungen gelungen sei und auch über das Projekt hinweg positive Wirkungen in das



Ich glaube, es ist so diese Denkausrichtung: Generationen zusammenzubringen, Kulturen zusammenzubringen und den inklusiveren Gedanken auch irgendwie mit reinzubringen [...] Eigentlich wäre es doch schön, wenn wir auch nicht immer alle unter uns bleiben, also weniger wir und die, sondern dass wir uns viel mehr begegnen können.“

Seniorenbüro Flensburg

Gemeinwesen zu verzeichnen seien. Es wird von den Beteiligten vielfach als eine bewusste Positionierung für eine offene, diverse Gesellschaft und gegen Ausgrenzung und Rassismus verstanden.

Auch wenn das Projekt „Generationen – Kulturen – Vielfalt“ zum Jahresende ausläuft, werden mancherorts Chancen für eine Verstetigung des Ansatzes gesehen, zumindest aber eine Überführung der Erfahrungen in die kommunale Inklusionsarbeit. Allerdings sind dafür auch die entsprechenden personellen Ressourcen vor Ort notwendig. Praktisch nutzbar für alle Seniorenbüros bleibt der „Werkzeugkoffer“, der mit den gesammelten Erkenntnissen den Einstieg in die diversitätssensible Arbeit erleichtert.

BaS-Jahresfachtagung

„Seniorenbüros machen sich stark. Für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie“, so der Titel der Veranstaltung im September 2024 in Ulm und Neu-Ulm. Im Jahr des 75-jährigen Bestehens des Grundgesetzes gibt es Anlass genug, sich für den Erhalt eines friedlichen, demokratischen Zusammenlebens einzusetzen. Denn dieses scheint aktuell in Gefahr, nicht nur in Deutschland.

Die rund 120 Teilnehmenden erhielten einen Einblick in die Erkenntnisse der „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zu demokratiegefährdenden Einstellungen in Deutschland und konnten bereits vor Veröffentlichung erste Ergebnisse des Neunten Altersberichts der Bundesregierung erfahren. In verschiedenen Formaten diskutierten die Haupt- und Ehrenamtlichen, wie die gesellschaftliche Teilhabe von Älteren unterschiedlicher Herkunft, Bildung und persönlicher Lebenssituation gefördert werden kann. Praktische Einblicke lieferten Projekte wie „Omas gegen rechts“ oder „Rikscha International“.

Zentrales Ergebnis der Beratungen: Der Dialog mit diversen Gruppen muss aktiv gesucht werden, Seniorenbüros sollten sich dafür noch stärker öffnen und mit anderen Akteuren gezielt in Kooperation gehen. Im kommunalen Raum können sie mit ihrer Expertise dann eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der „alternden Migrationsgesellschaft“ spielen.

Die Demokratie wird durch das Engagement der Menschen vor Ort mit Leben gefüllt. Dies gilt es noch konsequenter zu fördern und wo nötig zu schützen und zu verteidigen. Deshalb ist bei aller Offenheit und Dialogbereitschaft eine klare Abgrenzung zu gruppenfeindlichen und rassistischen Positionen notwendig. Hier ist auch die BaS als bundesweite Organisation gefragt.

Zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen wie die Seniorenbüros, die mit freiwillig Engagierten arbeiten, können also in zweierlei Hinsicht tätig werden. Zum einen, indem sie ihr tägliches Handeln fachlich auf die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen einstellen. Zum anderen durch das Setzen klarer Zeichen gegen alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung. Dafür brauchen sie allerdings auch die Unterstützung durch die Politik und eine angemessene Förderung ihrer Arbeit.

Teilhabe und Partizipation

Der für Anfang des kommenden Jahres angekündigte Neunte Altersbericht der Bundesregierung trägt den Titel „Alt werden in Deutschland – Potenziale und Teilhabechancen“. Neben der Analyse empirischer Befunde zur Lebenssituation älterer Menschen wird auch auf verschiedene Dimensionen der Ungleichheit eingegangen. Dazu gehören Altersarmut, gesundheitliche Einschränkungen, Altersfeindlichkeit, Einsamkeit und Rassismus. Verfolgt wird ein intersektionaler Ansatz, der individuelle und strukturelle Merkmale gleichermaßen in den Blick nimmt. Erklärtes Ziel ist eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am sozialen Leben und die gesellschaftliche Partizipation aller Menschen.

Die Handlungsempfehlungen sollen zu einer Förderung dieser Teilhabechancen und zum Abbau



Foto: Uwe Schmitz

„Die migrantische Gesellschaft wird zunehmend auch im Alter sichtbar. Seniorenbüros schaffen es nah bei den Menschen zu sein, sie verstehen die Bedürfnisse der Älteren und können sie gut erreichen. Als zivilgesellschaftliche Akteure im lokalen Raum haben sie zudem eine wichtige Funktion, um das demokratische Zusammenleben zu stärken.“

Souad Lamroubal, Autorin und kommunale Integrationsexpertin

struktureller Barrieren beitragen. Es ist bereits erkennbar, dass dabei den sozialen Infrastrukturen auf lokaler Ebene eine besondere Rolle zugeschrieben wird, wie es bereits der Siebte Altenbericht (sic) im Jahre 2016 getan hat. Nötig wäre ein möglichst flächendeckendes Netz von kommunalen Anlaufstellen, die niedrigschwellig, inklusiv, diskriminierungsfrei und diversitätssensibel ausgerichtet sind. Diese lokalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge gibt es im Kern bereits: die Seniorenbüros!

Allerdings sind sie aktuell weder flächendeckend vorhanden noch so ausgestattet, um das genannte Spektrum der Bedarfe bewältigen zu können. Es wäre angesichts der sich verschärfenden demografischen Herausforderungen aber wichtig, hier unter Beteiligung aller föderalen Ebenen zu einem Fortschritt zu kommen. Das betrifft keineswegs nur den Aspekt der „Versorgung“, sondern den sozialen Zusammenhalt insgesamt und damit im weiteren Sinne den Erhalt unserer Demokratie.